

NEIN zum Krieg - Widerstand ist möglich

von Martin Singe
und Christoph Bautz

Unter dem Vorwand den internationalen Terrorismus zu bekämpfen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, wollen die USA - gemeinsam mit einigen europäischen Verbündeten - mit militärischen Mitteln einen Regimewechsel im Irak erzwingen. Die Begründungen für diesen Krieg sind allerdings äußerst fadenscheinig. Das weltlich geprägte Regime Saddams Husseins ist seit langem mit islamistischen Gruppierungen wie Al Quaida, die ihm Verrat am Islam vorwerfen, verfeindet.

Genau aus diesem Grund haben die USA Hussein in den 80er Jahren massiv im Kampf gegen den "Gottesstaat" der Ajatollahs im Iran unterstützt. Würde er an islamistische Gruppierungen Massenvernichtungswaffen weitergeben, wäre womöglich sein Regime das erste Ziel eines Einsatzes dieser Waffen. Auch die Argumentation, der Irak stelle eine besondere Gefährdung seiner Nachbarstaaten oder gar der westlichen Welt dar, erscheint wenig plausibel. Wie die UN-Waffeninspektoren, die bis 1998 im Irak tätig waren, bezeugen, sind mindestens 95 Prozent aller Massenvernichtungswaffen sowie aller Fabrikationsanlagen vernichtet worden. Ein Einsatz eventueller Restbestände würde einem politischen Selbstmord Saddams Husseins gleichkommen.

Interessen hinter den Kulissen

Hinter den Kulissen werden die wahren Ziele des angekündigten Krieges genannt: Es geht um Öl, um die Aneignung der strategisch bedeutsamen Region für die Installierung von Militärstützpunkten, ja um eine generelle Neuordnung des Vorderen



Foto: Michael Meyborg / signum

Sich dem Irak-Krieg widersetzen - da wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zu Pflicht!

Orients in Richtung prowestlicher Staatensysteme. Es gilt, die zweitgrößten Erdölvorkommen der Welt dem Einfluss US-amerikanischer Ölkonzerne zu sichern und die ungeliebte Konkurrenz aus Europa, Russland und China in ihre Schranken zu verweisen.

Gleichzeitig soll die von den neokonservativen Hardlinern in der US-Administration durchgesetzte "Nationale Sicherheitsstrategie" erstmals konkrete Anwendung finden. Die USA behalten sich vor, aus eigenem Entschluss und in eigener Regie präventive Kriege gegen Staaten zu führen, sobald sie selbst diese als eine Bedrohung ihrer Sicherheit einstufen. Standards des internationalen Völkerrechts und der UN-Charta von 1948, die - obwohl mit vielen Problemen behaftet - Krieg als Mittel zur Erreichung politi-

scher Ziele obsolet macht, würden damit zunichte gemacht. Die UN-Charta verbietet dem Einzelstaat jegliche aktive Gewaltausübung und überträgt das Recht zur Gewaltanwendung der gesamten Staatenwelt, vertreten durch die UNO-Vollversammlung bzw. den Weltsicherheitsrat. Das amerikanische Vorgehen droht das Recht zur Kriegsführung wieder auf die Einzelstaaten zurückzuverlagern oder aber die UN zum Erfüllungshelfen US-amerikanischer Interessenpolitik zu degradieren.

Katastrophale Folgen

Die Auswirkungen eines Krieges auf den Nahen Osten sind unkalkulierbar. Die zahlreichen anderen Konflikte in der Region dürften angeheizt und die innenpolitischen Situationen in den Nachbarländern weiter destabilisiert werden.

Extremismus und Terrorismus würden eher gestärkt als verhindert. Nach Schätzungen der Ärzteorganisation IPPNW wäre im Falle konventioneller Kriegsführung mit bis zu 250.000 Todesopfern zu rechnen. Unter der ohnehin vom Embargo gebeutelten Bevölkerung käme es zusätzlich zu Tausenden von Toten in Folge von Hunger, Seuchen und mangelhafter medizinischer Versorgung.

Alternativen

Dass es Alternativen zum Krieg gibt, haben die letzten Monate unterstrichen. Die UN-Waffeninspektoren müssen ihre Arbeit fortsetzen und die Aussagen des Irak überprüfen, wobei auf die Androhung militärischer Mittel zu verzichten ist. Angesichts der katastrophalen Folgen für die Bevölkerung ist das UN-Embargo gegen den Irak sofort aufzuheben bzw. auf ein reines Waffenembargo

einzugrenzen. Für eine politische Lösung der diversen Konfliktherde im Nahen Osten erscheint die Einrichtung einer ständigen regionalen Konferenz ähnlich der OSZE dringend notwendig.

resist - Widerstand ist möglich

Vor diesem Hintergrund sind breiter gesellschaftlicher Widerstand und Aktionen Zivilen Ungehorsams dringend geboten. Schon 1849 formulierte einer der "Väter" der Idee des Zivilen Ungehorsams, Henry David Thoreau, dass man nicht nur den Respekt vor den Gesetzen pflegen müsse, sondern den vor der Gerechtigkeit. Diesen Grundsatz nahmen sich Anfang der 80er Jahre tausende US-BürgerInnen im Rahmen der Kampagne "Versprechen zum Widerstand - pledge of resistance" zu Herzen. Sie kündigten öffentlich vielfältige Formen Zivilen Unge-

horsams gegen den damals drohenden Krieg gegen Nicaragua an und beeindruckten nachhaltig sowohl Politik als auch die öffentliche Meinung.

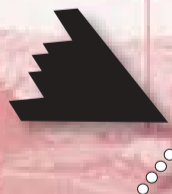
Auch aktuell formiert sich weltweit Widerstand gegen den drohenden Irak-Krieg. Die US-Friedenskampagne "Not in our name" sammelt ähnlich wie in den 80er Jahren Unterzeichnungen für eine Erklärung, mit der sich die Unterzeichnenden gegenseitig und öffentlich Widerstand gegen die angekündigten so genannten Anti-Terrorkriege versprechen.

Anlässlich des Europäischen Sozialforums in Florenz gingen über eine Million Menschen gegen den Krieg auf die Straßen. Hunderttausende versammelten sich in London, Paris, San Francisco und Washington. In allen großen europäischen Ländern ist die Bevölkerungsmehrheit eindeutig gegen den Krieg. Und auch die Aktivitäten der Friedensbewegung in Deutschland kommen immer mehr ins Rollen.

Die Kampagne resist hat sich zum Ziel gesetzt, Aktionen Zivilen Ungehorsams sowohl im Vorfeld als auch während eines möglichen Irak-Krieges zu organisieren. Die Proteste sollen am zweiten Samstag nach Kriegsbeginn in eine große gewaltfreie Sitzblockade an der Rhein/Main-Airbase bei Frankfurt gipfeln. Mit Selbstverpflichtungserklärungen von tausenden Menschen, die schon jetzt ankündigen, sich an den Aktionen zu beteiligen, will resist den Druck auf die Bush-Administration und die Bundesregierung erhöhen. Über 5.000 Menschen haben bereits unterzeichnet. Resist will an die Tradition der Aktionen Zivilen Ungehorsams der 80er Jahre in Mutlangen und an anderen US-amerikanischen Militäreinrichtungen anknüpfen. Ziel ist es, verschiedene Zeichen zu setzen und den Konflikt an hochsymbolischen Orten zuzuspitzen. In Anbetracht der massiven Übertretung von Menschen- und Völkerrecht erscheint diese symbolische Gesetzesübertretung nach Ansicht von resist nicht nur als legitim, sondern als notwendig. Der schon etwas verstaubte Widerstandsspruch "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zu Pflicht!" erlangt wieder neue Aktualität.

+++ 31.1. Berlin +++ 1.2. Grafenwöhr +++ 22.2. Rhein/Main-Airbase +++

NEIN zum Krieg -
NEIN zu jeglicher
deutscher Unterstützung!



Sich dem Irak-Krieg widersetzen!

Mit gewaltfreien Sitzblockaden vor dem Verteidigungsministerium in Berlin am 31.1.03 sowie einem Go-In am Truppenübungsplatz Grafenwöhr bei Nürnberg am 1.2.03 will resist Druck auf die deutsche Bundesregierung ausüben, ihrer kriegskritischen Rhetorik auch Taten folgen zu lassen.

Mit einer gewaltfreien Sitzblockade an der Rhein/Main-Airbase bei Frankfurt werden wir am 22.2.03 ankündigen, im Falle eines Irak-Krieges zeitlich unbefristete Sitzblockaden durchzuführen - als erstes am zweiten Samstag nach Kriegsbeginn an der Rhein/Main-Airbase.

Beteiligen Sie sich an den Aktionen!
Unterzeichnen Sie den Aufruf von resist!

Weitere Infos siehe Seite 4

+++ 31.1. Berlin +++ 1.2. Grafenwöhr +++ 22.2. Rhein/Main-Airbase +++

KOMMENTAR: Völkerrechtsbruch

von Hans von Sponeck

Der frühere UN-Diplomat Hans von Sponeck fordert die Bundesregierung auf, jegliche Kriegsunterstützung zu verweigern

Zwölf Jahre Wirtschaftssanktionen haben entscheidend zu einer physischen und psychischen Zerstörung des irakischen Volkes beigetragen. Der UNO-Sicherheitsrat hat somit seine Pflichten nicht im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen erfüllt. Dies bedeutet Völkerrechtsbruch! Ein Krieg gegen den Irak wird der Bevölkerung noch mehr Leid zufügen. Gleichzeitig werden die Vereinten Nationen weiter geschwächt werden. Das Völkerrecht, das geschaffen wurde, um die Menschheit zu schützen, wird erneut missbraucht und gebrochen werden. In der UNO-Resolution 1441 vom 8. November 2002 geht es um Waffeninspektionen, um die Verifizierung der irakischen Erklärung zum Stand der Ab-

rüstung und um die Vernichtung verbotener Waffen und Substanzen. Es geht nicht um einen Regime-Wechsel! Die Waffeninspektoren sind erneut im Irak. Die Regierung kooperiert. Eine irakische Bestandsaufnahme über das Waffenarsenal liegt vor. Die UNO hat hierzu Fragen über ABC-Waffen. Der Irak muss diese beantworten. Einen "rauchenden Colt" oder gar eine immanente Gefahr aus dem Irak gibt es aber nicht. Mehrere hundert Waffeninspektionen der UNO im ganzen Land haben widerlegt, was von den Regierungen der USA und Englands im September 2002 in Berichten über Iraks angebliche Massenvernichtungsanlagen gesagt wurde.

Eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung des Irak oder eine Berechtigung zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung gegen den Irak im Sinne der Artikel 39 und 51 der UNO-Charta liegen somit nicht vor. Die von den USA und England ohne UNO-Mandat eingeführten Flugverbotszonen im Irak bedeuten eine

ernsthafte Verletzung der Souveränität des Landes. Angriffe in diesen Gebieten durch die Luftwaffen der beiden Länder führen häufig zu Todesopfern unter der Zivilbevölkerung und zur Zerstörung nicht-militärischer Anlagen. Auch dies ist Völkerrechtsbruch.

Die gegenwärtigen Kriegsvorbereitungen durch die amerikanischen und englischen Regierungen sind erste Schritte auf dem schwerwiegendsten und weitreichendsten Völkerrechtsbruch. Ein Präventivkrieg würde in jedem Fall gegen bestehendes internationales Recht verstoßen. Deutschland, besonders als Mitglied im UNO-Sicherheitsrat, muss hierzu eine klare Aussage machen und sich dafür einsetzen, dass der UNO-Sicherheitsrat als Friedensinstrument und nicht als Kriegsunterstützer eingesetzt wird.

Der UN-Diplomat Hans von Sponeck war von 1998 bis 2000 Leiter des UN-Hilfsprogramms "Öl für Lebensmittel" und Koordinator für humanitäre Hilfe im Irak. Aus Protest gegen die verheerenden Auswirkungen des Embargos auf die Zivilbevölkerung trat er von diesen Ämtern zurück.

Kein Krieg ohne Deutschland

von Elke Steven

Das rot-grüne Regierungsbündnis begann seine erste Legislaturperiode 1999 mit einem Krieg, der mit Menschenrechten und der lügnerischen Beschwörung von Auschwitz gerechtfertigt wurde. Die schon damals fadenscheinigen Kriegsrechtfertigungen wurden im Laufe der folgenden Kriege noch düftiger. Inzwischen reicht das "essentielle Interesse" an dem Bündnis gegen den Terror zur Kriegsrechtfertigung. Wer in der Welt etwas zählen will, so die immer neue Botschaft der "Realpolitiker", muss sich an den Kriegen der Welt beteiligen.

Zu Zeiten des Bundestagswahlkampfes im Sommer 2002 schien es den Parteien von CDU über SPD bis hin zu den Grünen unter Wählerstimmen fischenden Gesichtspunkten angebracht, sich gegen jeden Krieg gegen den Irak auszusprechen. Selbst ein UN-Mandat könne keinen Krieg gegen den Irak rechtfertigen. "Das Volk" will

in seiner Mehrheit nicht erneut Krieg führen. Die Politiker allerdings reden - seit sie wieder an der Macht sind - mit vielen Zungen, um den Weg frei zu machen für eine erneute deutsche Beteiligung an einem "grundgesetzwidrigen Angriffskrieg" (Wolfgang Thierse).

Nach der Wahl folgten die ersten Schritte zur praktischen Unterstützung eines Krieges. Am 27.11.2002 kündigte die Regierung an, US-Streitkräfte erhielten auch im Falle des Krieges alle gewünschten Überflug-, Bewegungs- und Transportrechte in der Bundesrepublik Deutschland.

Im August 2002 kündigte Verteidigungsminister Struck noch an, die Fuchs-Spürpanzer im Falle eines Krieges aus Kuwait zurückzuziehen. Die Beteiligung an einem Angriffskrieg, in den sie dann involviert wären, entspräche nicht ihrem Auftrag der Terror-Bekämpfung. Inzwischen ist das Mandat des Anti-Terror-Kampfes um ein ganzes Jahr verlängert und es steht fest: Die Spür-

panzer bleiben auch im Falle eines Angriffs auf den Irak in Kuwait.

Schnell folgte die Diskussion um die deutsche Beteiligung an AWACS-Einsätzen. Die multinational zusammengesetzten Einheiten dienen der Luftaufklärung und damit der Zieleinsatzplanung. Uns Bürgern und Bürgerinnen sollte zunächst weis gemacht werden, diese Einheiten dienen nur dem Schutz des Nato-Partners Türkei und hätten mit Kriegsführung nichts zu tun. Obwohl inzwischen unumstritten ist, dass diese AWACS-Einsätze unmittelbar an der Kriegsführung beteiligt sind, sagte die Regierung die Beteiligung deutscher Soldaten - ohne Abstimmung im Bundestag - am 11.12.2002 zu.

Der Schutz amerikanischer Kommandozentralen und der Kriegstransportlogistik innerhalb Deutschlands ist ebenfalls bereits bestätigt. Die Bundeswehr wird hierfür zuständig sein und kommt dem Einsatz im Inneren damit einen Schritt näher.

Im UN-Sicherheitsrat steht

Deutschland, in dem es seit Januar 2003 Mitglied ist, vor der Aufgabe, die Zustimmung nun auch theoretisch zu vollziehen. Der Widerspruch wird allzu offenkundig, wenn die Ablehnung des Krieges mit einer Zustimmung zum Krieg zum Ausdruck gebracht wird. Zunächst begann die Regierung, die Resolution 1441 umzudefinieren. Nach langen Diskussionen um diese Resolution hatten sich im Herbst 2002 die Kräfte und Nationen durchgesetzt, die den von der USA gewünschten Automatismus zu einem Krieg verhindern wollten. Während die USA nur die Verpflichtung zu einer neuen Beratung im Sicherheitsrat herauslesen, bestehen beispielsweise



die Franzosen auf einer erneuten Resolution. Die deutsche Regierung hat sich Ende des Jahres 2002 vorsichtshalber die US-amerikanische Haltung zueigen gemacht und erleichtert damit den Schritt zum Krieg - ohne selbst darüber abstimmen zu müssen.

Für alle Fälle, also falls sich die Kräfte durchsetzen, die auf einer erneuten Resolution bestehen, haben Außenminister Fischer und dann auch Bundeskanzler Schröder

ihre machtpolitische "Zuverlässigkeit" bewiesen. Eine Kriegsbefürwortung wurde in Aussicht gestellt. Das bedeutet, Deutschland würde sich an einem menschenrechts-, völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieg beteiligen. Dabei ist schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges grundgesetzwidrig und mit Freiheitsstrafe bedroht.

Elke Steven, Komitee für Grundrechte und Demokratie

Der Hunger, die Krankheit, der Tod

Die UN-Sanktionen gegen den Irak führen zu verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung

von Karin Leukefeld

Nach 12 Jahren ist das UN-Embargo gegen den Irak noch immer in Kraft. Jeder wirtschaftliche Kontakt mit dem Irak ist ebenso verboten wie ausländische Investitionen. Die einst blühende Wirtschaft ist zusammengebrochen, das Land hat heute den Lebensstandard eines der ärmsten Entwicklungsländer.

Ursprünglich wurden die Sanktionen verhängt, um das Land zum Rückzug aus dem besetzten Kuwait zu zwingen. Doch seit Ende des Golfkrieges 1991 wurden die Sanktionen mit immer neuen Forderungen an den Irak verlängert. Seit 1996 kann das Land im Rahmen des UN-Programms "Oil for Food" Öl verkaufen und für die Einnahmen humanitäre Güter erwerben. Nach einem vom Sanktionskomitee 661 festgelegten Schlüssel wird das Geld folgendermaßen aufgeteilt: Von den 100 Prozent Einnahmen aus dem Ölverkauf gehen 25 Prozent an den Kompensationsfonds zur Wiedergutmachung von Kriegsschäden aus dem Jahr 1990/91. Mit 3 Prozent werden die Unkosten der UN-Agenturen bezahlt, die im Irak tätig sind. 13 Prozent gehen an die kurdischen Autonomiegebiete im Nordirak und 59 Prozent bleiben der irakischen Regierung übrig, um die Versorgung des restlichen Landes sicherzustellen. Das Geld für den Ölverkauf liegt auf einem Sperrkonto in New York. Die irakische Regierung kann nicht direkt über das Geld verfügen. Da ein Staat über eigene Finanzen verfügen muss, um allein staatliche Angestellte und/oder Militär zu bezahlen, sucht der Irak nach anderen Wegen, um Geld zu kommen, das heißt, er betreibt Schmuggel, zum Beispiel mit Ölverkauf an die Türkei durch die kurdischen Autonomiegebiete.

Die totalen Handelsbeschränkungen wirken sich auf sämtliche Lebensbereiche aus. Es gibt keine funktionierende Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Der Schmuggel blüht, die Mangel-

wirtschaft fördert die Korruption. Die Inflation ist gigantisch: Vor 1991 kostete ein irakischer Dinar (ID) 3 US-Dollar. Heute erhält man für einen US-Dollar 2200 ID. Welche Auswirkungen das mit sich bringt, zeigt das Beispiel einer Witwenrente. Die lag vor 1990 bei 250 ID, was damals rund 750 US-Dollar entsprach. Heute kann man für das gleiche Geld 5 Fladenbrote kaufen.

Auch Wissenschaft und Bildung leiden, internationale Kontakte sind nur per Internet möglich - für viele ist das aber unbezahlbar. Es fehlen neue Bücher und Fachzeitschriften. Der früher sehr hohe Standard in der Ausbildung hat enorm gelitten. Inzwischen wächst die zweite Generation unter dem Embargo auf. Kinder gehen nicht mehr zur Schule, weil sie zum Einkommen der Familie beitragen müssen. Familien zerbrechen aufgrund von Krankheit, Tod, Arbeitslosigkeit, immer mehr Straßenkinder versuchen, ihr Überleben in Bagdads Straßen zu organisieren - ein Phänomen, das in der irakischen Gesellschaft bis 1991 unbekannt war.

Die medizinische Versorgung war vor 1991 im Irak vorbildlich und kostenlos, die UN hatte ihn dafür einst sogar ausgezeichnet. Die Kindersterblichkeit entsprach in etwa der von europäischen Staaten. Die kostenlose Versorgung kann heute nicht mehr aufrecht erhalten werden, die Familien müssen die Kosten für Medikamente selbst aufbringen. Leidtragende sind vor allem die Kinder. Schon die Mütter sind unterernährt, mehr als 50 Prozent der schwangeren oder stillenden Frauen leiden an Blutarmut und bringen ihre Kinder unterernährt zur Welt. Die Säuglinge erhalten zu wenig Proteine, was zu Krankheiten und mangelhafter Entwicklung führt. Nach einem Bericht von UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, sterben monatlich bis zu 6.000 Kinder unter 5 Jahren.

Karin Leukefeld, Journalistin, lebt zur Zeit in Bagdad. Sie finanziert ihre Arbeit mit Unterstützung der Bewegungstiftung (mehr Infos unter www.bewegungstiftung.de)

Ziele der US-Politik gegenüber dem Irak

von Clemens Ronnefeldt

Fast täglich bombardieren angloamerikanische Kampfflugzeuge irakische Einrichtungen. Im Westen und Norden des Zweistromlandes befinden sich bereits seit Wochen US-Spezialtruppen auf irakischem Territorium (vgl. "The secret war", in: *The Independent*, 24.11.02). Der Krieg gegen den Irak ist bereits im Gange. Eine Eskalation mit der akut drohenden Gefahr eines Kampfes um die 4 bis 5 Millionen Einwohner zählende Stadt Bagdad kann allerdings noch gestoppt werden.

Lawrence Lindsey, Chefwirtschaftsberater von Präsident George W. Bush, ließ im November 2002 keine Zweifel über die Ziele der US-Politik gegenüber dem Irak: "Wenn es einen Regimewechsel im Irak gibt, kommen täglich drei bis fünf Millionen Barrel Erdöl zusätzlich auf den Markt. Eine erfolgreiche Durchführung des Krieges würde der Ökonomie gut tun" (*Der Spiegel*, 13.1.03).

Es gibt eine ganze Reihe guter Gründe, warum große Teile der US-Regierung diesen Krieg trotz aller Risiken und möglicher Verluste an Menschenleben führen möchten:

1. Der Machtwechsel in Bagdad bringt US-amerikanische und britische Ölfirmen ins Geschäft.

2. Die Abhängigkeit der USA von Saudi-Arabien sinkt, die OPEC wird weiter geschwächt.

3. Die US-Machtfülle weltweit wächst; Europa, China, Japan, Indien und Russland werden auf Jahre hin als potentielle Konkurrenten geschwächt, die US-Hegemonie hingegen gestärkt.

4. Britische und US-Soldaten in der Golfregion werden künftig nicht mehr von irakischen Massenvernichtungswaffen bedroht.

5. Die staatliche irakische Unterstützung für palästinensische Familien von Selbstmordattentätern entfällt nach einem Regimewechsel, nach Ansicht der israelischen Führung erhöht sich damit die Sicherheit Israels.

6. Die US-Rüstungs- und Ölindustrie wird gefördert und hilft der US-Wirtschaft mit ihrem riesigen Außenhandelsbilanzdefizit und der weltweit höchsten Staatsverschuldung aus der Krise.

7. Der Krieg wird andere Staaten der Region - insbesondere die erdölreichen Nachbarländer Iran und Saudi-Arabien - von einer US-feindlichen Politik abhalten, weil diese sonst ebenfalls angegriffen würden.

8. George W. Bush vollendet das Werk seines Vaters und rächt den von US-Seite behaupteten Mordversuch Saddam Husseins an George Bush senior bei dessen Truppenbesuch in Kuwait im Jahr 1993.

9. Der Krieg gegen Irak lenkt vom Misserfolg in Afghanistan

und der Nichtergreifung Osama bin Ladens ab.

10. Ein schneller Sieg und Regimewechsel in Bagdad erhöht die Wiederwahlchancen von George W. Bush bei der Präsidentenwahl 2004.

11. Der Druck der religiös-fundamentalistischen Kräfte in den USA - zu denen Präsident George W. Bush selbst gehört -, die davon überzeugt sind, dass Nordamerika den missionarischen Auftrag zur weltweiten "Demokratisierung" der Erde und zum Kampf gegen das Böse erhalten hat, ist enorm hoch.

12. Nach mehr als einem Jahr Ankündigung des Irak-Krieges kann die US-Führung kaum noch ohne Ansehensverlust ihre Pläne zurücknehmen.

Chancen zur Beendigung des Krieges und zur Verhinderung einer Eskalation:

1. Die weltweiten Proteste, insbesondere in den USA selbst, werden so stark, dass George W. Bush und Tony Blair ihre Pläne ändern.

2. Solange Venezuela kein Öl auf die Märkte liefert, würde ein Krieg gegen den Irak zu kurzfristigen Engpässen mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft führen.

3. Wird die Arbeit der UNMOVIC-Inspektoren verlängert und insbesondere von den Europäischen Staaten unterstützt, werden die angloamerikanischen Kampfflugzeuge kaum gleich-

zeitig massive Bombardierungen durchführen können.

4. Die irakische Führung bietet angloamerikanischen Erdölkonsortien die Ausbeutung irakischer Erdölfelder an.

5. Saddam Hussein entscheidet sich zu dem eher unwahrscheinlichen Schritt, ins Exil zu gehen.

6. Der Protest innerhalb des US-Militärs nimmt weiter zu.

"Widerstand gegen ein militärisches Abenteuer am Golf regt sich im Pentagon. Donald Rumsfelds selbstgefällige Art hat ihm unter der eigenen Generalität mehr Feinde als im Ausland gemacht. 'Noch nie in der amerikanischen Geschichte', sagt ein US-Diplomat mit gebotenen Sarkasmus, 'stand unser Land näher an einem Militärputsch als heute'" (*Die Zeit*, 21.1.2003). Möglicherweise irrt hier der US-Diplomat. Wer seinen eigenen Augen und seinem Verstand mehr traut als der US-Kriegspropaganda, findet z.B. unter www.edition-defacto.de Bilder vom angeblichen Flugzeugangriff auf das Pentagon vom 11.9.2001, die mehr Fragen als Antworten aufwerfen.

Auch wenn man dem Autor Mathias Bröckers (Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9., 19. Auflage, Frankfurt 2002) oder dem französischen Politikwissenschaftler und Autor Thierry Meyssan (11. September 2001. Der inszenierte Terrorismus. Auftakt zum Weltenbrand?, Kassel 2002) in vielen ihrer Überlegungen nicht folgen möchte: Nach den derzeit bekannten Fakten sind die Pentagon-Zerstörungen des 11.9.01 mit einer Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht auf das Eindringen oder den Absturz eines Verkehrsflugzeuges zurückzuführen. Die Aufdeckung dessen, was im Pentagon am 11.9.01 wirklich geschah, liefert möglicherweise auch den Schlüssel für das weitere Verständnis der US-amerikanischen Außenpolitik und deren weiterer Krüge.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes und Autor des Buchs: Die neue NATO, Irak und Jugoslawien, mit einem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz, 2. Auflage, Minden 2002 (bestellbar nur über die Geschäftsstelle des Versöhnungsbundes, www.versoenungsbund.de)



Interview:
Gabriele Rohmann

Die Friedensbewegung hatte in den achtziger Jahren sehr großen Zulauf. In den neunziger Jahren gab es weniger Proteste. Woran lag das?

Die Friedensbewegung der 80er Jahre, die ich von Beginn an als deutscher Sprecher der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges mitgemacht habe, ist eine Erfolgsgeschichte. Nach Aufstellung der Raketen hat sich die Bewegung in vielen ihrer Gruppen: Frauen-Initiativen, Juristen, Wissenschaftler, Pädagogen für den Frieden, christliche Organisationen, Greenpeace, IPPNW weiter ausgebreitet. Wegen ihrer Wirkung über den Eisernen Vorhang hinweg hat unsere Ärzte-Bewegung 1985 den Friedensnobelpreis erhalten. 1987 hat Gorbatschow Gruppen der Friedensbewegung und friedensaktive Intellektuelle zu seinem berühmten Friedensforum nach Moskau eingeladen, wo er ausdrücklich der Friedensbewegung bescheinigte, dass sie für den Entspannungskurs von großer Bedeutung sei, weil dieser nicht allein in die Hand der Politiker gelegt werden dürfe. Mit dem Erreichen der Verständigung und der Beendigung des Kalten Krieges verringerte sich allerdings die Zahl der Friedensaktivisten.

Warum?

Dieser Rückgang ist verständlich, denn ein wichtiges Teilziel war erreicht. Und schließlich hat die erneut mobilisierte Friedensbewegung 1991 einen Schock erlitten, als sie Saddam Husseins Raketenangriffe auf Israel erleben musste. Das stoppte auf der Stelle den Kampf gegen den amerikanischen Angriff, weil niemand etwa

eine Zerstörung Israels hinnehmen wollte.

Das allein erklärt das Abflauen der Bewegung?

Nein, nicht allein. Die Labilität mancher Gruppen in der Friedensbewegung rührt von einer reinen Anti-Einstellung. Wut ist ein wichtiger Antrieb, aber wenn sie allein zum Engagement treibt, dann führen Rückschläge und Erfolglosigkeit leicht zu Resignation. Deshalb ist es wichtig, dass das Pro eine entscheidene Rolle spielt. Das heißt der feste Glaube, dass eine andere Welt möglich ist und dass man gemeinsam an diesen Verbesserungen arbeiten muss, um den Nährboden für kriegerische Gewalt und Terror auszutrocknen. Dieses Pro bringt beispielsweise



Foto: Karsten Hennig

Horst-Eberhard Richter über die Friedensbewegung, Protest und die Rolle der Medien

Widerstand auf allen Ebenen

Attac ein mit seinem vielfältigen konstruktiven Reformprogramm. Deshalb erwarte ich, dass die Friedensbewegung in enger Verbindung mit Attac die ausreichende Durchhaltefähigkeit beweist, die sicherlich nötig ist, weil die USA über den Irak hinaus noch einen länger andauernden Krieg im Blick haben.

Reichen Demonstrationen allein aus, dem Krieg Widerstand entgegenzusetzen?

Demonstrationen, von denen man wieder nach Hause geht und dann abwartet, bis die nächste Demonstration stattfindet, reichen schon deshalb nicht aus, weil konstanter und nicht nur punktueller Druck ausgeübt werden muss. Diese Konstanz kommt nur dadurch zustande, dass sich Menschen auch im persönlichen Alltagsbereich rühren. LehrerInnen haben es mit einer Jugend zu tun, die zur Verarmung der täglich vermittelten Kriegsbedrohungen eindeutige

Aufklärungshilfe erwarten kann. In unserer Ärztebewegung legen zahlreiche Kollegen in ihrer Praxis Informationsblätter gegen den Krieg aus. Die Offiziere und Soldaten des "Darmstädter Signals" verbreiten ihre Kriegsablehnung in der Bundeswehr. Solch tägliche Formen der Aufklärung und Aufrüttelung sind auch schon eine Form von Widerstand. Oft sind sie von Ausgrenzung und Diskriminierung bedroht. In unserer Ärztebewegung haben viele eine

Erklärung unterschrieben, dass sie sich einer Fortbildung in Katastrophenmedizin zur Vorberei-

ihren inneren Widerwillen mit ihnen gemacht wird.

Welche Rolle spielen denn bei diesen Protesten die Medien?

Gegen die Medien, die durch überwiegende Hofberichterstattung dafür sorgen, dass die großen Bevölkerungsmehrheiten gegen den Krieg in der Öffentlichkeit nicht widerspiegelt werden, muss noch viel mehr Widerstand gelernt werden. Schließlich sind zwei Drittel der Deutschen und Franzosen, 87 Prozent der Spanier, fast 90 Prozent der Italiener, drei Viertel der Norweger, vier Fünftel der Schweizer und 87 Prozent der Türken gegen diesen Krieg. Aber der Wille dieser Massen wird durch Totschweigen unterdrückt. Veranstaltungen der Friedensbewegung werden, wenn überhaupt, nur marginal notiert. Eine sogar staatlich finanzierte schwedische Untersuchung über das Verhalten der Journalisten im Kosovo-Krieg kommt zu dem Ergebnis: Die Medien hätten sich als vierte Waffengattung neben Armee, Marine und Luftwaffe benommen. Eine bisher viel zu wenig genutzte Widerstandsform lautet: Zu den Redaktionen hingehen, anrufen, Protestbriefe schreiben, Abonnements kündigen - auf der anderen Seite kritischen Journalisten den Rücken stärken, sie persönlich zu Veranstaltungen einladen und sie mit Material versorgen.

Die IPPNW - Ärzte in sozialer Verantwortung lädt ein:
Kultur des Friedens (1. - 4. Mai, TU Berlin)
Der zweite Kongress "Kultur des Friedens" ruft PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, Friedensgruppen und die interessierte Öffentlichkeit zu einer gemeinsamen Analyse der kritischen friedenspolitischen Situation und zur Anregung konstruktiver Initiativen zusammen. Mehr Infos zum Programm, den ReferentInnen, der Anmeldung und den Teilnahmekosten unter:
<http://www.kultur-des-friedens.de>



Foto: Felix Kolb

von Felix Kolb

Nicht nur in den USA, sondern weltweit werden die Proteste der Friedensbewegung stärker.

Am Samstag, den 26. Oktober 2002 fanden in den USA die größten Friedensdemonstrationen seit dem Vietnam-Krieg statt: 150.000 gingen in Washington, DC, 45.000 in San Francisco und viele Zehntausende mehr in anderen Städten überall in den USA auf die Straßen. Das Ausmaß dieser Proteste hat BeobachterInnen auf beiden Seiten des Atlantiks überrascht und in aller Deutlichkeit vor Augen geführt,

dass der Kriegskurs der Bush-Administration auch in den USA heftig umstritten ist. Bereits in den Monaten zuvor fanden täglich Mahnwachen, Aktionen und Teach-Ins statt, gab es Wochen, in denen fast täglich ganzseitige Anzeigen in der *New York Times* gegen den Irak-Krieg erschienen waren. Getragen werden diese Aktivitäten von einer äußerst vielfältigen Friedensbewegung, die in zahllosen regionalen und nationalen Bündnissen und Allianzen organisiert ist. Anders als in Deutschland sind in den USA auch zentrale Organisationen anderer sozialer Bewegungen Teil der Friedensbewegung - darunter

Wirkungsvolle Botschaften

die National Organization of Women (NOW), der Sierra Club, der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP). Und nicht zuletzt ist es nicht unerheblich, dass Prominente aus dem Kulturbusiness wie Oliver Stone, Sean Penn, Michael J. Fox, Larry Hagman oder John le Carré öffentlich ihre Ablehnung gegen George W. Bush und seine Politik bekunden.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass es im Kern die Friedensbewegung in den USA und die dortige öffentliche Meinung sind, die über Krieg und Frieden im Nahen Osten entscheiden werden. Um so ermutigender sind die frühen Erfolge, die die Friedensbewegung gegen die scheinbar übermächtige Kriegslobby erzielen konnte. Entgegen seiner ursprünglichen Absicht war George W. Bush gezwungen, sowohl den amerikanischen Kongress als auch die UNO um Zustimmung für einem Angriff gegen den Irak zu bitten. Hintergrund dieser Eingeständnisse ist die Tatsache, dass es den Strategen im Weißen Haus trotz einer mit Lügen gespickten Propaganda-Kampagne nicht gelungen ist, die Mehrheit der US-Amerikaner von einem präventiven und unilateralen Angriffskrieg zu überzeugen. Solange die UN-Waffeninspektoren keine eindeutigen Hinweise dafür liefern wer-

den, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt, wird es Bush schwer fallen, die notwendige öffentliche Unterstützung für einen Angriff zu mobilisieren.

Von der herausragenden Bedeutung der US-Friedensbewegung darauf zu schließen, dass die Friedensbewegungen in anderen Staaten unbedeutend sein könnten, ist natürlich trotzdem falsch. Selbst wenn durch die engen Filter der US-Massenmedien sehr wenig von der beinahe weltweiten Ablehnung eines Irak-Krieges in die amerikanischen Wohnzimmer dringt, wirkungslos bleibt diese Botschaft trotzdem nicht. Zum einen verleiht diese der amerikanischen Friedensbewegung zusätzliche Legitimität. Zum anderen hält sie die Ablehnung eines unilateralen Vorgehens der USA am Leben, was wiederum selbst der Bush-Regierung Schranken auferlegt. Die Frage, ob und wie sich andere Staaten aktiv an einem Angriff beteiligen, ist zwar militärisch betrachtet nahezu unbedeutend, kann aber auf die öffentliche Meinung in den USA einen entscheidenden Einfluss haben. Deshalb ist es weit mehr als eine symbolische Frage, ob deutsche Soldaten in AWACS-Flugzeugen Bomben auf Bagdad lenken oder ob Deutschland auf einer zweiten UN-Resolution besteht und dann gegen diese stimmt. Beides zusammen würde es George

W. Bush real erschweren, in den Krieg zu ziehen. Die Friedensbewegung in Deutschland sollte alles tun, dass es für die rot-grüne Bundesregierung kostspieliger ist den Krieg zu unter-

stützen als ihn abzulehnen.

Felix Kolb, Politikwissenschaftler, zur Zeit Visiting Scholar am Institute for European Studies an der Cornell University/USA. Eine Email-Liste mit täglichen Hintergrundinformationen zur US-Außenpolitik kann unter <http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/us-war-on-terrorism> abonniert werden.

Anzeige

Publik-Forum
Dossier

Krieg ist keine Antwort

Ein Dossier mit Beiträgen von Dietrich Fischer und Johann Galtung, Bettina Röder, Thomas Seiterich-Kreuzkamp und einem Überblick über aktuelle Aktivitäten, Kampagnen und Termine der Friedensbewegung.
Stückpreise (in Euro): einzeln 0,50; ab 20 Ex. je 0,40; ab 50 Ex. je 0,35; ab 100 Ex. je 0,30; ab 300 Ex. je 0,20. Bei einem Bestellwert unter 25 Euro fallen zzgl. 2,50 Euro Versandkosten an. Bestellungen an: Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel, Tel. 06171/700310, Fax 06171/700346, oder an Buecherdienst@Publik-Forum.de, www.publik-forum.de/shop

Impressum

resist, c/o Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn
Tel.: 0228 - 692 904
Fax: 0228 - 692 906
<http://www.resistthetwar.de>
eMail: info@resistthetwar.de

Redaktion: Christoph Bautz, Clemens Ronnefeld, Elke Stevens, Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Christoph Bautz
Layout: Philipp Heinz
Auflage: 150.000

resist aktiv!

+++ 31.1. Berlin +++ 1.2. Grafenwöhr +++ 22.2. Rhein/Main-Airbase +++
 Beteiligen Sie sich an den Aktionen und unterzeichnen Sie die Erklärung!

Die nächsten Wochen werden darüber entscheiden, ob es zu einem Irak-Krieg kommt. In einer Situation, wo die Frage von Krieg oder Frieden auf Messers Schneide steht, kommen den Aktionen der Friedensbewegung eine besondere Bedeutung zu. Diese Chance sollten wir nutzen. Resist will in den nächsten Wochen den Druck auf die Bush-Administration, besonders aber auch auf die Bundesregierung erhöhen. Von ihrem Verhalten wird auch die Haltung der anderen europäischen Regierungen zum Krieg beeinflusst werden.

Forderungen an die Adresse der Bundesregierung

- Keine Beteiligung deutscher Soldaten an AWACS-Einsätzen der NATO im Falle eines Krieges. Die Zielzuweisung der AWACS-Aufklärer an bombardierende Flugzeuge stellt eine aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands dar!
- Deutschland muss mit Frankreich, Russland und Großbritannien auf eine weitere UN-Resolution drängen. Die Resolution 1441 ermächtigt nicht zu einem Krieg.
- Ein NEIN Deutschlands zu einem Krieg im UN-Sicherheitsrat.
- Abzug sämtlicher Bundeswehrtruppen aus der Golfregion.
- Untersagung von Überflugrechten und Nutzung von Militärbasen auf deutschem Staatsgebiet im Falle eines Irak-Krieges.

Um unseren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, organisieren wir Ende Januar/Anfang Februar diesen Jahres verschiedene Aktionen Zivilen Ungehorsams.

Aktionen im Vorfeld

In Geilenkirchen (bei Aachen), Berlin und Grafenwöhr (bei Nürnberg) organisiert die Kampagne resist gemeinsam mit regionalen Gruppen aus der Friedensbewegung Aktionen Zivilen Ungehorsams. Sie sollen vor allem symbolischen Charakter haben, zeitlich begrenzt sein und jeweils auf bestimmte von uns kritisierte Aspekte der Politik der Bundesregierung hinweisen. Die Aktion in Geilenkirchen hat bereits am 25.1.03 stattgefunden. Beteiligen Sie sich an den Aktionen!

31.1.03 Einstündige gewaltfreie Sitzblockade vor dem Bundesverteidigungsministerium in Berlin gegen die Gewährung von Überflugrechten US-amerikanischer und britischer Truppen im Falle eines Irak-Krieges, Treffpunkt voraussichtlich S-Bahnhof Potsdamer Platz, 10.00 Uhr, am Vorabend findet ein Vortreffen statt.

Infos: www.resistthear.de oder bei Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär (Tel.: 030/4401300)

1.2.03 Go-In auf den Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Mit

der Aktion soll auf die von der Öffentlichkeit bisher kaum beachteten Übungen mehrerer tausend US-Elitesoldaten von Ende Januar bis Anfang Februar vor ihrer Verlegung in die Golf-Region aufmerksam gemacht werden.

Genauer Treffpunkt und weitere Infos: www.resistthear.de oder bei Christoph Bautz (bautz@attac-netzwerk.de, Tel.: 04231-957596)

Vorfeldaktion an der Rhein/Main-Airbase am 22.2.03

22.2.03 Sitzblockade an der Rhein/Main-Airbase bei Frankfurt, zeitlich befristet als Ankündigung der großen Sitzblockade von resist nach Kriegsbeginn.

Zweiter Samstag nach Kriegsbeginn Gewaltfreie Sitzblockade an der Rhein/Main-Airbase als zeitlich unbefristete Aktion.

Weitere Demonstrationen

8.2.03 Demonstration gegen den Irak-Krieg anlässlich der NATO-Sicherheitsstagung in München.

Weitere Infos: www.muenchner-friedensbuendnis.de/aktuelles/SIKO-2003.html

15.2.03 Bundesweite Großdemonstration gegen den Irak-Krieg in Berlin, parallel zu Großdemonstrationen in allen anderen europäischen Metropolen.

Weitere Infos: www.15Februar.de

Die Chancen der Friedensbewegung



Fotos: Karsten Hennig

von Jochen Stay

Wenn Tausende der Regierung den Gehorsam verweigern, dann steigt der politische Druck gegen den Krieg. Die Friedensbewegung hatte es lange nicht so leicht, aber gleichzeitig auch nicht so schwer, viele Menschen für Protest und Widerstand gegen einen Krieg zu gewinnen, wie jetzt im Vorfeld des möglichen Irak-Krieges.

Einerseits war in der inzwischen erschreckend langen Reihe der Kriege seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation keiner so schlecht propagandistisch begründet. Im Golfkrieg 1991 ging es angeblich um die Befreiung Kuwaits, im Kosovokrieg um die Verhinderung von Völkermord, in Afghanistan um die Hintermänner des 11. September. Jedermal hatte die Friedensbewegung zwar gute Gründe, an der offiziellen Lesart zu zweifeln und gegen den Krieg zu protestieren. Aber viele Menschen ließen sich von der Propaganda beeinflussen. Diesmal ist es anders. Bei einem Feldzug gegen den Irak, so sieht es die große Mehrheit der Bevölkerung, geht es nicht um Massenvernichtungswaffen, sondern um Öl und Macht. So hat es die Friedensbewegung also leicht, die Menschen gegen den Krieg zu aktivieren.

Andererseits haben die Kriege der letzten Jahre Spuren hinterlassen. Viele haben angesichts der Unverfrorenheit der Bundesregierung die Hoffnung aufgegeben, dass sie mit Protesten die Politik beeinflussen können. So hat es die Friedensbewegung derzeit also auch schwer, weil die Resignation groß ist.

Dabei wäre es ein fataler Fehler, die Erfahrungen aus der Vergangenheit auf die jetzige politische Situation zu übertragen. Denn diesmal sind nicht nur die

vorgeblichen Kriegsgründe unglaubwürdig, sondern die Mächtigen der Welt alles andere als einig. Hier liegt die große Chance der internationalen Friedensbewegung: Der Irak-Krieg kommt nicht zwangsläufig. Die Situation steht auf der Kippe. Da bekommt der Protest besonderes Gewicht.

Und selbst wenn die USA den Angriff auf Irak wagen, ist die Zeit der Friedensbewegung noch nicht vorbei. Gerade hierzulande gibt es viele Einrichtungen, die für die Infrastruktur des Krieges große Bedeutung haben. Neben regionalen Aktionen und großen Friedensdemonstrationen wird dann der Zivile Ungehorsam vor den Toren der Flughäfen und Kommandozentralen immer wichtiger. Mit unseren Aktionen sind wir Sand im Getriebe, machen weiter politisch Druck, auch und gerade gegen eine Bundesregierung, die sonntags Friedensreden hält und montags die Logistik für den Krieg bereitstellt.

Die Kampagne resist versucht den Zivilen Ungehorsam zu bündeln. Durch die Selbstverpflichtungserklärung bekommt der Widerstand eine verbindlichere Form und die Chance auf langen Atem, damit der Protest nicht nur ein Strohfeuer rund um den möglichen Kriegsbeginn wird. Das kann der entscheidende Moment der Auseinandersetzung werden: Wenn viele Menschen den Kampf nicht aufgeben, wenn er eigentlich erst richtig los geht, sondern kontinuierlich den Druck auf die Regierung verstär-

ken, dann wächst unsere Chance auf Erfolg.

Die Friedensbewegung kann aus den Erfahrungen der Sitzblockaden von Mutlangen und Gorbelen lernen. Massenhafter Ziviler Ungehorsam bekommt sein politisches Gewicht einerseits durch die Bereitschaft vieler, der Regierung an einem entscheidenden Punkt den Gehorsam zu verweigern und andererseits durch die Kontinuität der Aktionen. So entsteht eine klare Vision für die nächsten Wochen:

Neben allen Appellen und Demonstrationen beginnen in diesen Tagen nadelstichartig erste Aktionen Zivilen Ungehorsams in Form von Sitzblockaden und Go-Ins. Erster Höhepunkt ist die zeitlich begrenzte Blockade der Rhein/Main-Airbase in Frankfurt am 22. Februar. Sollte es trotz weltweiten Protests zum Angriff auf den Irak kommen, dann versammeln sich am zweiten Samstag nach Kriegsbeginn tausende zu einer eindrucksvollen Manifestation des Widerstandes vor der Frankfurter US-Airbase. Und von da an reißen die Blockaden und Storaktionen in allen Regionen der Republik nicht mehr ab. Wir zeigen der Regierung: In der Frage von Krieg und Frieden könnt Ihr nicht machen, was Ihr wollt. Wir mischen uns ein, werden ungehorsam und lassen unserem vieltausendfachen NEIN auch konkrete Taten folgen.

In den letzten Jahrzehnten haben hundertausende in der Bundesrepublik das Handwerkszeug von Protest und Widerstand gelernt. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, das Gelernte erneut anzuwenden. Wenn alle, die schon einmal resigniert haben, jetzt noch einmal neuen Mut gewinnen und aktiv gegen den Krieg streiten, dann werden es die scheinbar Mächtigen sehr schwer haben, ihre Pläne durchzusetzen.



Coupon

UNTERZEICHNEN & SPENDEN

Über 5.000 Menschen haben bereits den resist-Aufruf unterzeichnet und angekündigt, im Falle eines Irak-Krieges Widerstand zu leisten. Mit Ihrer Unterschrift erhöhen Sie den Druck auf die Bush-Administration und die Bundesregierung. Unsere intensive Öffentlichkeitsarbeit und die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen und Demonstrationen übersteigen unsere finanziellen Kapazitäten. Deshalb möchten wir Sie um eine Spende bitten. Ob 10,-, 50,- oder 100,- € und gerne auch mehr - jeder Betrag hilft, einen Irak-Krieg jetzt im Vorfeld doch noch zu verhindern.

Aktionskonto: Martin Singe, Kto.Nr. 559 430 469, Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, Stichwort: "Spende resist" - leider ist keine Spendenquittung möglich.

Name: _____
 Strasse: _____ PLZ, Ort: _____
 Tel. / Fax: _____ eMail: _____

Bitte senden an: resist, c/o Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn oder per Fax: 0228 - 692 906

Resist-Aufruf unterzeichnen!



O Für den Fall, dass die US-Regierung mit einem Angriff auf den Irak beginnt, erkläre ich schon heute, mich an Protesten, Demonstrationen und/oder Aktionen zivilen Ungehorsams vor US-Militäreinrichtungen, US-Konsulaten und der US-Botschaft in Berlin zu beteiligen.

O Ich beteilige mich - soweit mir Ort und Zeitpunkt möglich sind - an der großen gewaltfreien Sitzblockade von resist.

O Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden.

Datum, Unterschrift: _____

Spenden!

O Ich unterstütze resist mit einer Spende von _____ € (Konto siehe oben).

Material bestellen

- _____ Ex. dieser resist-Aktionszeitung (0,10 €, ab 100 Ex. 0,05 €*)
- _____ Ex. des Mobilisierungs-Flugblatts zu den Aktionen zivilen Ungehorsams (0,05 €, 100 Ex. 0,03 €*)
- _____ Ex. des resist-Aufrufs (0,05 €, ab 100 Ex. 0,03 €*)
- _____ Ex. des resist-Plakats, DIN A2, vierfarbig (0,30 €*)
- _____ Ex. des Rechtsinfo zu Aktionen Zivilen Ungehorsams (0,30 €)
- _____ Ex. von Andreas Buro: "Den Irak-Konflikt friedlich lösen! - Kein Blut für Öl!" (0,50 €)

Gesamtsumme zzgl. Porto _____

* Diese Materialien geben wir auch kostenlos ab. Wir bitten dennoch um eine Erstattung der Kosten.

Rechtshilfeinfo zu Sitzblockaden

Eine Sitzblockade ist zunächst vom Versammlungsrecht (Art. 8 GG in Verbindung mit Art. 5 GG - Meinungsfreiheit) gedeckt. Sollte die Versammlung im Vorfeld oder währenddessen verboten werden, begeht man bei einer (weiteren) Teilnahme an der Blockade eine Ordnungswidrigkeit, die mit Beträgen zwischen 50 und 250 Euro geahndet werden kann. Im Fall eines Verbots kann die Polizei die Anwendung unmittelbaren Zwangs zur Beendigung der Versammlung androhen. Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung polizeilicher Anordnungen sowie die möglicherweise zum Einsatz kommenden Zwangsmittel müssen von der Polizei vor der Räumung genannt werden. Sitzblockaden wurden bis 1995 oft als Straftat (Nötigung gemäß § 240 Strafgesetzbuch/StGB) und dann in der Regel mit 20 bis 30 Tagessätzen bestraft. 1995 entschied das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Sitzblockaden nicht länger als Straftat nach § 240 StGB zu werten. Trotzdem ist die Rechtslage nicht eindeutig. So entschied der Bundesgerichtshof ebenfalls 1995, dass im Falle eines Rückbaus von Kfz eine Blockade einer Nötigung entspreche. In einem Beschluss v. 24.10.2001 hat das BVerfG zudem die Materialisierung von Gewalt er-

neut sehr niedrig angesetzt. Darin wird bereits das Anketten von DemonstrantInnen untereinander als physische Gewalt gewertet. Wer an Blockadeaktionen teilnimmt, muss also notfalls mit einem Strafverfahren nach § 240 StGB rechnen, auch wenn das eher unwahrscheinlich ist.

Wichtig ist, dass prinzipiell jede/r eine Aktion auch nur genau so lange direkt teilnehmend unterstützen kann, wie er/sie möchte. Niemand, der eine Aktion beginnt, ist gezwungen, bis zum Ende zu bleiben. Beim Verbot einer Versammlung, bei der Androhung einer Räumung oder bei der Androhung von Zwangsmitteln besteht meistens die Möglichkeit, sich von der Versammlung zu entfernen (und dann evtl. außerhalb des in die Polizeimaßnahmen involvierten Bereiches unterstützend weiter teilzunehmen). Blockierwillige sollten sich nach Möglichkeit vor der Aktion in Bezugsgruppen organisieren und dabei gemeinsam absprechen, unter welchen Bedingungen gegebenenfalls Einzelne oder die ganze Gruppe die Aktion abbrechen. Hierbei darf es keine Gruppenzwänge geben!

Detailliertere Infos zu rechtlichen Hintergründen von Zivilem Ungehorsam und Sitzblockaden siehe www.resistthear.de